

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 14

Artikel: Lenins Rezepte bleiben verschrieben : Strategie und Taktik der kommunistischen Machtergreifung sind eine Phasenlehre
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094592>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lenins Rezepte bleiben verschrieben

Wieweit gelten Lenins Anweisungen noch, wenn es um die Expansion des Sowjetsystems geht? Schaut man sich die Schriften an, die er vorausschauend verfasst hat, gewahrt man bei aller zeitlich bedingten Veränderung der realen Welt eine verblüffende Gültigkeit der Technik, die Machtergreifung mit Hilfe ihrer späteren Opfer vorzubereiten. Diesen Sommer sind mehrere osteuropäische «Jubiläen» ein paar Fragen nach der Entstehung des heutigen Status quo wert. Schon weil heute die Geschichte in etlichen Ländern und Ländergruppen der Dritten Welt wiederholt wird: in ihrem machbaren Teil. Und der alte Lenin ist frischer dabei, als man meinen würde. Er hat die Realitäten anerkannt — um sie besser ändern zu können.

Am 6. Juni wurde des «Längsten Tages» gedacht, der Invasion in der Normandie, die vor vierzig Jahren den Anfang von Hitlers Ende einleitete. Alle Kräfte waren auf die Erringung des Sieges über Hitler konzentriert, und niemand wagte am 6. Juni 1944 zu hoffen, dass der Zweite Weltkrieg wenigstens in Europa elf Monate später schon beendet sein würde.

Zwei «nationale» Gedenktage in Osteuropa

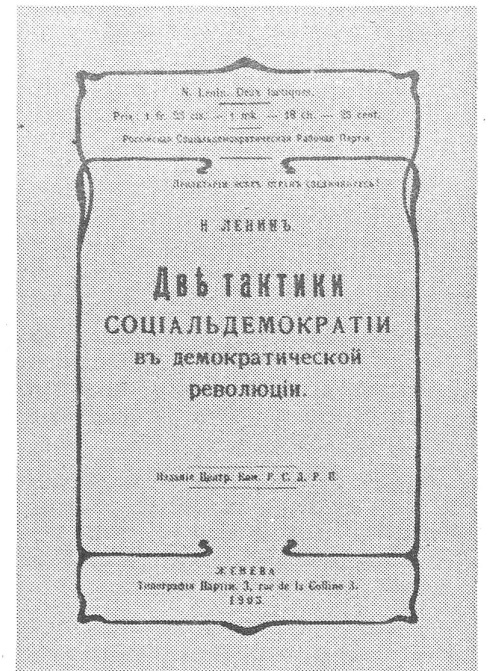
Im Kreml allerdings hatte man sich intensiv mit der Nachkriegspolitik befasst. Die Etappen dieser Vorbereitungen sind weitere Gedenktage; die zwei ersten fallen auf den 22. Juli für Polen und den 23. August für Rumänien. Beide Anlässe sind lehrreiche Illustrationen für die verschiedenen Wege, auf denen die Sowjetführung das gleiche Ziel anstrebte — und danach die Geschichte neu schreibt.

Der polnische Gedenktag gilt ausschliesslich einem kommunistischen und sowjetischen Anlass, was die heutigen Machthaber in Warschau vertuschen möchten, indem sie von einem «Nationalfeiertag» sprechen.

Am 22. Juli 1944 hat das von Moskau unterstützte «Nationale Befreiungskomitee», nach

seinem Aufenthaltsort in der gleichentags von der Roten Armee eingenommenen ersten polnischen Stadt Cholm bei Lublin auch «Lubliner Komitee» genannt, sein Manifest veröffentlicht. Darin bezeichnete sich das Komitee als «einzig legale und provisorische Exekutivmacht im Kampf um die Befreiung der Nation, die Sicherung ihrer Unabhängigkeit und die Wiederherstellung eines polnischen Staates». Dieser Staat sollte die demokratischen Freiheiten gemäss der polnischen Verfassung von 1921 verwirklichen. Von Sozialismus (im kommunistischen Sinn) war im Lubliner Manifest nicht die Rede.

In Rumänien war es anders. Am 23. August 1944 liess der junge König Michael den nazifreundlichen Führer Marschall Ion Antonescu verhaften und zog darauf sein Land aus dem Krieg heraus. Für diesen Machtwechsel wollte die kommunistische Partei allzulange und völlig zu Unrecht den Kredit beanspruchen; in letzter Zeit spricht sie nur noch vom «historischen Akt» und verschweigt, wer ihn vollzog. Immerhin gibt es eine rumänische Entsprechung zum Lubliner Manifest. Als sowjetische Truppen am 2. April 1944 erstmals rumänischen Boden betraten, stellte der sowjetische Aussenminister Molotow an einer Pressekonfe-



Lenins Broschüre «Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution», von 1905 in der damaligen Ausgabe.



Lenin im Oktober 1918 bei der Lektüre der «Prawda».

renz fest: «Die Sowjetregierung erklärt..., dass sie nicht auf eine Veränderung der in Rumänien existierenden Sozialordnung abzielt.»

Es gab Unterschiede im Ablauf der sowjetischen Machtübernahme in den osteuropäischen Ländern, namentlich was den Zeitplan betrifft. So wurde in Rumänien schon am 6. März 1945 eine kommunistische Regierung installiert, derweil es in Ungarn noch am 4. November 1945 tatsächlich freie Wahlen gab, an denen die Partei der Kleinlandwirte 245 von 409 Sitzen eroberten (60 %), die Kommunisten aber bloss 70 Sitze.

Ganz nach Lenins Anweisungen

Bei allen taktischen Unterschieden verfolgte die Sowjetunion jedoch eine einheitliche Strategie, zu deren besseren Verständnis die Kenntnis von Lenins Auffassungen beiträgt.

In seinem Buch «Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution» (Juli 1905) postuliert Lenin eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter- und Bauernschaft als ersten Schritt zur sozialistischen Revolution. In der Broschüre «Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus» (Juni 1920) machte sich Lenin über jene Kommunisten lustig, die zu stolz waren, taktische List anzuwenden. Er beantwortete die Überschrift des VII. Kapitels «Soll man sich an den bürgerlichen Parlamenten beteiligen?» mit einem klaren Nein, um dann später zu einem taktischen «Ja, aber» überzugehen.

Demokratieverkündung zur Diktaturerrichtung

Im II. Kapitel der «Zwei Taktiken» bezeichnet Lenin die «Ideen einer unmittelbaren Verwirklichung des Maximalprogrammes, der Eroberung der Macht zwecks sozialistischer Umwälzung» als «unsinnig und halb anarchistisch»:

«Ohne Klassenbewusstsein und ohne Organisation der Massen, ohne ihre Schulung und Erziehung durch den offenen Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann von der sozialistischen Revolution keine Rede sein. Und als Antwort auf die anarchistischen Einwendungen, dass wir die sozialistische Umwälzung hinausschieben, werden wir sagen: Wir schieben sie nicht hinaus, sondern machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Wege, nämlich dem Wege der demokratischen Republik.»

Zwar ist «anarchistisch» hier bloss ein Schimpfwort für jene, die der «unsinnigen Idee» huldigten, die sozialistische Revolution «auf einmal» zu verwirklichen; aber Lenins Methoden zur Herbeiführung seiner «demokratischen Revolution» waren in diesem speziellen Sinne durchaus «anarchistisch»: «Ein solcher Sieg wird eben eine Diktatur sein, das heisst, er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Massen, auf den Aufstand stützen müssen, nicht aber auf diese oder jene auf «legalem», «friedlichem Wege» geschaffenen Institutionen... Doch wird das selbstverständlich keine sozialistische, sondern eine demokratische Diktatur sein.»

In dieser Schrift diskutiert Lenin seine Pläne zum Sturz des Zaren in Russland, beschreibt damit aber zugleich jene Strategie, die nach Abschluss des Zweiten Weltkrieges von Moskau in Osteuropa sehr getreu befolgt worden ist. Hier bestand allerdings – anders als in Russland – der Vorteil, zum Innenminister, dem die Polizei unterstellt ist, jeweils ein der kommunistischen Partei ergebendes Regierungsmitglied ernennen zu können, notfalls mit Hilfe der Roten Armee, die als Besatzungsmacht ihren Einfluss ausüben konnte.

Die ausgesuchten «grossen Massen»

Lenin erklärte offen, dass die «demokratische Revolution» zu einer Diktatur führe. Er bezog sich auf die «Bewaffnung der Massen», wobei unter «Massen» nicht etwa das Volk, sondern die prokommunistischen Kreise zu verstehen sind. Das hat sich besonders klar im Februar 1948 in der Tschechoslowakei erwiesen, wo der von langer Hand vorbereitete Staatsstreich dank der Bewaffnung der «Arbeitermilizen» ermöglicht wurde. Diese Milizen waren aus jenen Gruppen gebildet worden, die zum Schutz industrieller Anlagen gegen Anschläge von Nazi-Sympathisanten bestellt worden waren. Der Fall Tschechoslowakei ist deshalb von besonderem Interesse, weil dieses Land als einziges der nachmaligen Satelliten eine volle parlamentarische Demokratie gekannt hatte.

Lenin klärte seine Vorstellung über die Beziehung zwischen Demokratie und Diktatur in Abschnitt III seines Nachwortes zu «Zwei Taktiken» wie folgt: «Vom vulgär-bürgerlichen Standpunkt schliessen der Begriff der Diktatur und der Begriff der Demokratie einander aus.» Er war sich bewusst, dass seine Idee von der

Beispiel Ungarn

«Die Periode der Jahre nach 1948 brachte weniger die Kollektivierung als vielmehr erst die Zurückdrängung und dann die Liquidierung der Kulaken (theoretisch Grossbauern, praktisch selbstständige Bauern überhaupt; Anm. ZB). (...) 1952/1953 geriet die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in eine Krise. (...) Die Angehörigen der feudalen Aristokratie wurden bei weitem nicht so gedemütigt wie die Kulaken. 1949 bis 1953 gab es pro Kulakenfamilie vier bis fünf Strafverfahren. Man zählte innerhalb von zweieinhalb Jahren insgesamt 850 000 polizeiliche Internierungsverfahren und 650 000 Gerichtsverfahren. Jede vierte Familie des Landes litt unter gesetzwidrigem Justizverfahren.»

«Die fünfziger Jahre in der ungarischen Geschichte», in der Monatszeitschrift «Jel-Kep», Budapest, Nr. 2/1984

An unsere Abonnenten

Die intensive Werbung der letzten Jahre und als deren Folge erfreulich steigende Abonnentenzahlen bei den SOI-Periodika haben unsere Administration an die Grenzen ihrer Kapazität gebracht. Zur Sicherstellung einer effizienten Abonnementsverwaltung ist der Einsatz einer eigenen zentralen EDV-Anlage unumgänglich geworden. Deren Anschaffung ist durch die erhöhten Beiträge des Vereins zur Förderung des SOI ermöglicht worden. Der SOI-Computer erlaubt eine Rationalisierung der verschiedenen Zeitschriften-Administrationen, erleichtert Adressverwaltung und Textverarbeitung und erhöht unsere Kapazität für die Werbung.

Eine erste Folge davon sehen Sie heute auf der Titelseite Ihres ZeitBild-Exemplares: Die aufgeklebte Abonnentenadresse stammt aus unserem Computer und wird im Hause ausgedruckt. Die Übernahme aller Adressen der 11 200 ZB-Empfänger auf die eigene EDV-Anlage war zwar mit einem unerwartet grossen Arbeitsaufwand verbunden, konnte jedoch trotzdem fristgerecht abgeschlossen werden. Da Fehler trotz aller Kontrollen nie auszuschliessen sind, **bitten wir Sie höflich um Überprüfung Ihrer Zustelladresse auf der Titelseite dieser Nummer und um die Meldung allfälliger Fehler an unsere Mitarbeiterin Frau H. Schlumpf unter Angabe Ihrer Adressnummer** (Tel. 031 43 12 12 oder Postkarte an ZeitBild, Postfach, 3000 Bern 6).

Im Bemühen um eine möglichst korrekte und vollständige Adressierung sind wir für Ihre entsprechenden Hinweise und Korrekturen sehr dankbar.

Administration ZeitBild
Peter Dolder

«demokratischen Diktatur» eine Abweichung vom Marxismus darstellte.

Für die Demokratie waren wir solange als . . .

Nach der bolschewistischen Revolution, am 3. Gesamtrussischen Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten, führte Lenin am 25. Januar 1918 aus: «Die Demokratie ist eine der Formen des bürgerlichen Staates, für die sich alle Verräter des wahren Sozialismus einsetzen, die heute an der Spitze des offiziellen Sozialismus stehen und behaupten, die Demokratie stehe im Widerspruch zur Diktatur des Proletariats. Solange die Revolution nicht über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinausging, waren wir für die Demokratie, aber sobald wir die ersten Anzeichen des Sozialismus im ganzen Ablauf der Revolution wahrnahmen, nahmen wir eine Position ein, die mit aller Entschiedenheit die Diktatur des Proletariats vertritt.»

Diese Verbalgymnastik mit dem Begriff «Demokratie» und später mit dem Begriff «Volks-

demokratie» ist mitverantwortlich für den im Westen weitverbreiteten Glauben, dass die Sowjetunion in Osteuropa doch noch eine demokratische Entwicklung zulassen könnte.

Die «zwei Taktiken» innerhalb der «demokratischen Revolution» betrafen die Frage, ob eine provisorische revolutionäre Regierung errichtet werden solle. Lenin war dafür, andere opponierten aus der Befürchtung, dass die Bourgeoisie sich verängstigt zurückziehe und die Revolution dadurch schwäche. Für den Fall, dass nicht nur die Revolution, sondern auch deren Sieg in die Nähe rückte, wollte Lenin nach den Sternen greifen: «Dann vertauschen wir die Losung der demokratischen Diktatur mit der Losung der sozialistischen Diktatur des Proletariats, das heisst mit der Losung der vollständigen sozialistischen Umwälzung.»

Deklariertes Radikalismus oder integrierte Tarnung?

«Der linke Radikalismus» wurde im Juni 1920 veröffentlicht, zeitgerecht auf den zweiten Kongress der Komintern (kommunistische Internationale), der vom 18. Juli bis zum 7. August 1920 in Moskau tagte.

In dieser Broschüre befasste Lenin sich mit der internationalen Bedeutung der Oktober-Revolution, mit der Frage also, ob diese «internationale Geltung habe oder sich dasselbe mit historischer Unvermeidlichkeit im internationalen Ausmass wiederholen werde . . .». Die wichtigste These dieses Pamphlets ist in Kapitel IV ab-

gehandelt und gipfelt im Satz: «Kompromisse (prinzipiell) ablehnen, jede Zulässigkeit von Kompromissen, welcher Art sie auch seien, schlechthin verneinen, ist eine Kinderei, die man schwerlich ernst nehmen kann.» Anfang Oktober des gleichen Jahres, in seiner Rede über «Die Aufgaben der Jugendverbände», hat Lenin diesen Gedanken verallgemeinert und zur unbedingten Verhaltensanweisung emporgehoben:

«Wir sagen: sittlich ist, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft dient und dem Zusammenschluss aller Werktätigen um das Proletariat, das die neue kommunistische Gesellschaft errichtet.»

In Kapitel VII, das besonders für die Sowjetisierung Osteuropas relevant ist, verlangte Lenin, «dass die Arbeiter sich dazu vorbereiten – sich ideologisch, politisch, technisch vorbereiten – müssen, das Parlament durch die Sowjets zu bekämpfen, das Parlament durch die Sowjets auseinanderzujagen. Daraus folgt aber keineswegs, dass ein solches Auseinanderjagen durch das Vorhandensein einer Sowjetopposition innerhalb des gegenrevolutionären Parlaments erschwert oder nicht erleichtert würde.»

Hier liegt die Bestätigung dafür, dass der (kommunistische) Zweck alle Mittel heiligt, wie sie dann nochmals in Kapitel X konkretisiert wird: «Man muss die grösste Hingabe an die Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzugehen, zu laviieren, zu paktieren, im Zickzack vorzugehen, Rückzüge anzutreten

Sowjetunion intern

— Handbuch der Führungsgremien —

Verfasst von Nikolaj Nor-Mesek und Wolfgang Rieper
Herausgegeben vom Institut für Sowjet-Studien, Frankfurt

Erscheinungszeitraum 1982/84:

Band XII (6/79)

Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR

1. Teil: Das Präsidium

— ISBN 3-88564-679-X

Register II (für Band VII—XII)

— ISBN 3-88564-779-6

Band XIIIa/XIIIb

Die Mitglieder des Zentralkomitees der KPdSU

gewählt auf dem XXVI. Parteikongress

— ISBN 3-88564-082-1

— ISBN 3-88564-182-8

Band XIV

Die Kandidaten des Zentralkomitees der KPdSU

gewählt auf dem XXVI. Parteikongress

— ISBN 3-88564-282-4

Band XV

Die zentrale Revisionskommission der KPdSU

gewählt auf dem XXVI. Parteikongress

— ISBN 3-88564-382-0

Band XVI

Der Apparat des Zentralkomitees der KPdSU

2. Teil: Militärabteilung

— ISBN 3-88564-482-7

Band XVII

Der Apparat des Zentralkomitees der KPdSU

3. Teil: Aussenpolitischer Bereich

— ISBN 3-88564-582-3

Band XVIII

Der Apparat des Zentralkomitees der KPdSU

4. Teil: Ideologischer Bereich

— ISBN 3-88564-682-X

Band XIX

Der Apparat des Zentralkomitees der KPdSU

5. Teil: Wirtschaftsbereich

— ISBN 3-88564-782-6

Register III (für Band XIII—XIX)

— ISBN 3-88564-882-2

Änderungen vorbehalten.

Alle Bände illustriert.

Preis der Einzelbände je nach Umfang 280.—

bis 360.— DM

(zuzüglich Versandkosten).

Bestellungen über

Institut für Sowjet-Studien

Postfach 97 01 01

D-6000 Frankfurt am Main 97

Telefon: 0611/55 72 46



Der ungarische Diktator Matyas Rakosi. Er hat das Wort von der Salamitaktik geprägt. Aber die Sache gab es schon lange vor dem Begriff.

und dergleichen . . . , um durch einen entschlossenen Angriff des Proletariats . . . die politische Macht zu erobern.»

Die Anwendung in der Praxis

Polen und Rumänien illustrieren Lenins «demokratische Revolution». In Polen kann sie auf die Errichtung der «Provisorischen Regierung Nationaler Einheit» am 28. Juni 1945 datiert werden. In diese Regierung wurde ein echter Demokrat, der Führer der Bauernpartei, Stanislaw Mikolajczyk, als Vizeministerpräsident und Landwirtschaftsminister aufgenommen. Seine politische Laufbahn nahm im Oktober 1947 ein jähes Ende, als er nach verschiedenen missglückten Attentatsversuchen die Nachricht erhielt, dass er vor Gericht gestellt werden solle; er floh in den Westen. Die Westmächte hatten die «Provisorische Regierung» am 5. Juli 1945 im Geist der Loyalität zur verbündeten Sowjetmacht und in der Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung anerkannt.

In Rumänien fand die «demokratische Revolution» am 6. März 1945 statt, als eine Regierung unter Petru Groza, dem Führer einer kleinen prokommunistischen Partei, die Macht übernahm. Am 27. Februar hatte der sowjetische Vize-Aussenminister Andrej Wyschinsky anlässlich eines Blitzbesuches in Bukarest dem König Michael erklärt, dass sein Land von der Sowjetunion annektiert werde, wenn er die Allparteienregierung nicht durch eine solche von Moskaus Gnaden ersetze. Um den «Wunsch» zu unterstreichen, besetzten sowjetische Truppen mehrere wichtige Gebäude und fuhren Panzer in den Strassen Bukarests auf.

Diesen Entwicklungen wurden im Westen mit wachsender Besorgnis verfolgt. Die Anerkennung der rumänischen Regierung wurde bis zum 5. Februar 1946 hinausgeschoben, als Groza die Durchführung freier Wahlen und die Garantie der Freiheitsrechte gemäss dem Jalta-Abkommen versprach. Nach der Anerkennung wurden all diese Versprechen zurückgezogen. Die Ereignisse in Polen und Rumänien stellten schwere Verletzungen des Jalta-Abkommens vom Februar 1945 dar, wo der Westen nicht etwa einer Sowjetisierung Osteuropas zugestimmt hatte, wie gewisse Kreise jetzt behaupten; vielmehr hatten sich die vier Grossen damals geeinigt, dass in jedem Land das Volk seine Bestimmung selber wählen könne.

Die wohlerklärte Salamitaktik

Diese Taktik der sowjetischen Machtübernahme, anfänglich nur in allgemeiner Form dargestellt, wurde vom ungarischen Diktator Matyas Rakosi in einer Geheimrede am 29. Februar 1952 in aller Offenheit beschrieben. Wir verdanken den Text dieser Rede ostdeutschem Eifer – er wurde als Schulungsmaterial eingesetzt – und ostdeutscher Nachlässigkeit: die Broschüre fand den Weg in den Westen. Darin erklärte Rakosi: «Wir warfen 1945 diese Probleme nur in engen Parteikreisen auf und brachten sie damals nicht vor die Parteipublikum, weil auch eine blosse theoretische Diskussion über die Diktatur des Proletariats, als Zielsetzung, im Kreise unserer Koalitionsgefährten Panik verursacht und auch unsere Bemühungen, nicht nur die Mehrheit der kleinbürgerlichen, sondern auch die der Arbeitermassen zu gewinnen, erschwert hätte.»

Mit erstaunlicher Ehrlichkeit bekannte er zudem: «Wir wiederholen: Ohne den heldenhaften Befreiungskampf und die ununterbrochene wohlwollende Unterstützung der Sowjetunion hätte die ungarische Volksdemokratie – und wir dürfen ruhig hinzufügen: auch die übrigen – nicht entstehen können.»

Die taktischen Erkenntnisse fasste Rakosi wie folgt zusammen: «Wenn wir mit Forderungen auftraten, erwogen wir sorgfältig die zu erwartende Rückwirkung, und wo dies tunlich war, setzten wir vorsichtig, mit geringen Anforderungen ein, um es dem Feind zu erschweren, gegen sie alle Kräfte zusammenschliessen und mobilisieren zu können. Nachher erhöhten wir die Anforderungen und bedienten uns, wo sich dies machen liess, der Übergangsformen. Bei den Banken forderten wir zum Beispiel zuerst nur staatliche Kontrolle, hernach die Verstaatlichung der drei grössten Banken. Auf ähnliche Weise forderten wir in der Industrie zuerst, dass die Bergwerke in staatliche Verwaltung übergehen sollten, später bauten wir allmählich die Forderung dahingehend weiter aus, dass die gewaltigen Maschinenfabriken und die Hüttenindustrie vom Staat verwaltet werden sollten, und betrieben dann schliesslich deren Verstaatlichung. So erzielten wir die Verstaatlichung der Industrie auf Jahre verteilt in vier bis fünf Etappen.»

Rakosi gab diesem Vorgehen den Namen «Salamitaktik» (scheibenweise Aneignung), und sie hat vorher und nachher tatsächlich immer wieder funktioniert.

Geschickt wurde die Niederlage in den Wahlen vom November 1945 von der kommunistischen Partei zur weiteren Stärkung ihrer Positionen genützt. Sie beanspruchte «Ministerpräsidentenstellvertretung und das Ministerium des Innern (Polizei und Sicherheitsdienste), die sie nach langem Hin und Her auch bekam. Dies erfüllte alle diejenigen mit neuem Mut, die ihn schon des Erfolges der Partei der Kleinen Landwirte wegen eingebüsst hatten. Wir riefen den Obersten Wirtschaftsrat ins Leben, um unsern Einfluss auf den Staatsapparat zu stärken. Mit seiner Hilfe dehnten wir allmählich unsern Einfluss auf die Schlüsselpositionen des Wirtschaftslebens aus.»



Stalin hatte Mikolajczyk versichert, dass er den Polen keinen Kommunismus aufzwingen wolle. Molotow hatte im April 1944 erklärt, dass die Sowjetregierung die rumänische Sozialordnung nicht zu verändern gedenke. Diese Absichten liess Moskau formell durch Marionetten verwirklichen. Doch als Ergebnis einer Selbstbestimmung ist das kommunistische System in keinem Land der Welt an die Macht gekommen.

Peter Sager

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a.M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland

Jahresabonnement Fr. 39. –
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 25. –
Einzelnummer Fr. 2. –

Abonnementspreise Ausland Europa (A-Länder)

Jahresabonnement Fr. 44. –/DM 50. –
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 30. –/DM 34. –
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2.80

Übriges Ausland (B + C-Länder/Luftpost) auf Anfrage